

Stand: 09.02.2026 00:17:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6834

"Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe der Milchviehhaltung im Bereich des Tierwohls"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6834 vom 10.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7584 des LA vom 09.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7704 vom 22.07.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 22.07.2015



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn SPD**

Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe der Milchviehhaltung im Bereich des Tierwohls

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Möglichkeiten der Optimierung von Anbindeställen in der Milchviehhaltung zu berichten.

Hierbei soll besonders auf wirtschaftlich darstellbare Umbaumaßnahmen zur Steigerung des Tierwohls in der Anbindehaltung sowie auf Möglichkeiten des Umbaus zu Laufställen eingegangen werden.

Weiterhin soll über die mögliche staatliche Förderung dieser Maßnahmen berichtet werden.

Begründung:

Über 300.000 Milchkühe werden bayernweit von über 11.000 Betrieben in Anbindehaltung gehalten, ein Verbot der Anbindehaltung würde den Strukturwandel in einem Maße befeuern, der zu einer gesellschaftlich nicht akzeptierten Milchproduktion führen würde.

Um die dauerhafte gesellschaftliche Akzeptanz der Anbindehaltung in über der Hälfte der bayerischen Milcherzeugerbetriebe zu sichern, wurden in den vergangenen Jahrzehnten enorme Anstrengungen unternommen, um das Tierwohl in den Stallungen zu steigern, auch mit Unterstützung der Landesanstalt für Landwirtschaft.

Ein Bericht zu den Möglichkeiten der Steigerung des Tierwohls im Agarrausschuss ist der Sicherung der gesellschaftlichen Akzeptanz zuträglich und wird die weitere Verbesserung des Tierwohls voran treiben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller,
Herbert Woerlein u.a. SPD**
Drs. 17/6834

**Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe der
Milchviehhaltung im Bereich des Tierwohls**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Martin Schöffel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 17. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 9. Juli 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn SPD**

Drs. 17/6834, 17/7584

Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe der Milchviehhaltung im Bereich des Tierwohls

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Möglichkeiten der Optimierung von Anbindeställen in der Milchviehhaltung zu berichten.

Hierbei soll besonders auf wirtschaftlich darstellbare Umbaumaßnahmen zur Steigerung des Tierwohls in der Anbindehaltung sowie auf Möglichkeiten des Umbaus zu Laufställen eingegangen werden.

Weiterhin soll über die mögliche staatliche Förderung dieser Maßnahmen berichtet werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Schöffel

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Gisela Sengl

Staatsminister Helmut Brunner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein u. a.

(SPD)

Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe der Milchviehhaltung im Bereich des Tierwohls (Drs. 17/6834)

Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Arnold das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich hier um einen Berichtsantrag. Dem Landwirtschaftsausschuss soll über die Optimierung von Anbindehaltung berichtet werden. Es geht insbesondere um Umbaumaßnahmen zu Laufställen zwecks Steigerung des Tierwohls.

Es geht um Transparenz und Offenheit in Bayern. Das Thema hatten wir schon gestern. Transparenz und Offenheit heißt, dass dann, wenn einer etwas wissen möchte, er sich an die Behörden wenden kann, die ihm bei berechtigtem Interesse Auskunft über den Sachverhalt geben werden.

Das berechtigte Interesse sprechen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, uns als Opposition ab, wenn Sie uns keine Auskunft geben. Sie ignorieren, gelinde gesagt, dabei den Handlungsbedarf, der besteht. Der Handlungsbedarf ergibt sich daraus, dass seinerzeit im Bundesrat beantragt wurde, das Anbindeverbot gesetzlich mit einer Karenzzeit von zwölf Jahren durchzusetzen. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist die Anbindehaltung um 30 % zurückgegangen. Vor fünf Jahren befand sich jede zweite Kuh in Anbindehaltung, jetzt ist es jede dritte Kuh. Die Zahl der Milchviehhalter in Bayern ist in den letzten fünf Jahren um 22,45 % zurückgegangen. Gerade bei der Anbindehaltung beträgt der durchschnittliche Tierbestand in Bayern gerade einmal 27 Tiere.

Der ländliche Raum, insbesondere der Alpenraum, ist auf die Anbindehaltung angewiesen. Es ist wichtig, dass präzisiert wird, was unter Anbindehaltung zu verstehen ist. Man spricht von saisonaler Anbindehaltung und ganzjähriger Anbindehaltung. Die Begriffe sind nicht endgültig geklärt.

Wir haben in diesem Zusammenhang ein weiteres Problem. Wenn diese Anfrage nicht beantwortet wird, dann verfestigt sich der Eindruck in der Öffentlichkeit, die Anbindehaltung sei schlecht, während die Laufstallhaltung gut sei. Damit tun Sie uns und auch der bäuerlichen Landwirtschaft nichts Gutes. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt von der Landwirtschaft ab. 60 % der Landwirte sind im Nebenerwerb tätig. Deshalb ist es wichtig, dass solch eine Form der Tierhaltung nicht in Verruf gebracht wird; denn die Landwirte werden sich fragen, ob sie angesichts einer solchen Diskussion überhaupt noch auf ihren kleinen Betrieben weiter wirtschaften sollen. Die Kleinteiligkeit ist ein signifikantes Merkmal der Landwirtschaft im Freistaat Bayern. Darauf sind wir alle stolz. Wir wollen die Kleinteiligkeit bewahren.

Dass ein Strukturwandel stattfindet, belegen die Zahlen. Ebenso klar ist, dass der Strukturwandel durch vernünftige Maßnahmen unterstützt werden muss. Voraussetzung dafür, dass sie ergriffen werden können, ist, dass die Staatsregierung im Landwirtschaftsausschuss über ihre diesbezüglichen Überlegungen berichtet. Es war bisher eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, dass die Mehrheitsfraktion einem Berichts Antrag der Opposition zugestimmt hat. Ich weiß nicht, warum Sie unseren Berichts Antrag im Landwirtschaftsausschuss abgelehnt haben. Sie waren doch mit uns gemeinsam der Auffassung, dass ein gesetzliches Verbot der Anbindehaltung keinen Sinn ergebe, weil dadurch der Strukturwandel in eine von uns nicht gewünschte Richtung beschleunigt würde. Es besteht dem Grunde nach Konsens.

Wenn wir weiterkommen und Maßnahmen in der Fläche entwickeln wollen, müssen wir zuvor die Argumente von Sachverständigen, zum Beispiel vom Bauernverband und vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, hören. Das will die CSU anscheinend nicht. Kollege Schöffel sagte im Ausschuss, das sei alles bekannt. Ich sage: Das

ist eben nicht bekannt. Deswegen wurde doch die Diskussion über die Anbindehaltung so intensiv geführt. Im Nachgang erhielten wir einige Zuschriften von Bauern, die in ihren Betrieben Anbindehaltung praktizieren. Sie fragten uns, ob es Möglichkeiten zur Ausdehnung auf das KULAP gebe bzw. wie es mit Fördermaßnahmen aussehe.

Ich stelle fest: Die Informationsnotwendigkeit ist gegeben. Deswegen haben wir den Berichts Antrag formuliert. Es ist in unserem Haus gute parlamentarische Sitte, Berichtsanträge durchzuwinken, zumal dann, wenn sie hundertprozentig sinnvoll sind. Sie von der CSU-Fraktion wollen jetzt von dieser Sitte abweichen, weil Ihnen das Ergebnis, das möglicherweise herauskommt, peinlich ist.

Wir müssen klar sehen, dass die kleinteilige Struktur der Landwirtschaft in Bayern sehenden Auges gefährdet wird. Wenn Sie von der CSU dem Berichts Antrag nicht zustimmen, bekommen wir auch insofern ein Problem, als es dann zu einer Polarisierung der öffentlichen Diskussion nach dem Motto "Anbindehaltung schlecht – Laufstallhaltung gut" kommen wird. Eine solche Art der Diskussion würde den Ansprüchen an das Tierwohl nicht gerecht.

Sie wissen genau, dass es Laufställe mit bis zu 1.000 Tieren gibt – mittlerweile auch in Bayern. Es treten Probleme mit Spaltenböden auf – mittlerweile auch in Bayern. Das alles ist in einen Zusammenhang mit der Diskussion über die Laufstallhaltung zu bringen. Die Laufstallhaltung ist sicherlich besser als andere Haltungsarten. Es geht aber auch um eine vernünftige Bestandsentwicklung. Wir wollen den Bauern sagen können: Ihr könnt weitermachen, ihr habt unsere Unterstützung. – Das Tierwohl muss so oder so im Mittelpunkt stehen. Das ist das Anliegen, das wir mit unserem Antrag verfolgen.

Wir bitten nochmals darum, unserem Berichts Antrag zuzustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat Herr Kollege Martin Schöffel. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Arnold sprach von parlamentarischen Gepflogenheiten. Wir sehen uns in dieser Angelegenheit überhaupt nicht in der Position des Angeklagten.

Lieber Kollege Arnold, wir haben in der vergangenen Sitzung des Landwirtschaftsausschusses über die Anbindehaltung von Rindern intensiv diskutiert. Mehrere Anträge der SPD standen auf der Tagesordnung. Wir haben dem Antrag, der sich gegen ein gesetzliches Verbot der Anbindehaltung ausspricht, zugestimmt. Dazu fand eine umfangreiche Diskussion statt.

Der Vertreter der Staatsregierung, Herr Putz, hat uns über verschiedene Fördermaßnahmen informiert. Sie werden ihm sicherlich nicht unterstellen, er sei auf die Diskussion nicht vorbereitet gewesen. Zudem gab es eine umfangreiche Presseberichterstattung über diese Sitzung.

Ich möchte eines klar feststellen: Wir enthalten Ihnen berechtigte Informationen in keiner Weise vor. Wir sind für Berichte im Ausschuss. In der vergangenen Sitzung haben wir – ich wiederhole es – einen umfangreichen Bericht erhalten. Insofern weisen wir den Vorwurf zurück, die Staatsregierung informiere den Ausschuss nicht.

Wir müssen in Zukunft mit der Sache anders umgehen. Sie stellen im Ausschuss einen Berichts Antrag, auf den die Staatsregierung sofort reagieren soll. Es kann nicht sein, dass in einer der nächsten Sitzungen das Gleiche wiederholt werden soll. Findet ein Berichts Antrag eine Mehrheit, muss der Bericht in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden. Kurz hintereinander das Gleiche zu hören, ergibt keinen Sinn.

Wir stimmen zu, dass Sie den Bericht noch einmal bekommen, und sind sehr gespannt, welche neuen Informationen uns noch mitgeteilt werden können. Über dieses Thema ist bereits umfangreich berichtet worden. Wenn Sie sich nicht mehr daran erin-

nern können und das deshalb ein zweites Mal hören wollen, dann soll es uns recht sein; denn auch uns ist dieses Thema sehr wichtig.

Sie werfen verschiedenen Leuten vor, sie wollten polarisieren. Wer hier wieder polarisiert hat, das waren Sie, Herr Kollege Arnold. Sie wollen gute Tierhaltung gegen schlechte ausspielen.

(Horst Arnold (SPD): Um Gottes willen!)

Sie prangern an, dass es Kuhställe mit 1.000 Kühen gibt. Sie wollen zwischen guter und schlechter Anbindehaltung unterscheiden. Ob Sie damit der Landwirtschaft einen Dienst erweisen, weiß ich nicht.

Offenbar kennen Sie auch nicht das Verhalten Ihrer Partei im Bundesrat. Es waren die SPD-regierten Länder, die einen Antrag auf Verbot der ausschließlichen Anbindehaltung eingebracht hatten. Die Übergangsfrist sollte bis zu zwölf Jahre betragen. Diesen Antrag haben alle SPD-regierten Länder unterstützt.

(Horst Arnold (SPD): Ist Hessen SPD-regiert? Ist Herr Bouffier jetzt Mitglied der SPD?)

Wir sind uns darin einig, dass es kein generelles gesetzliches Verbot der Anbindehaltung geben soll. Wir wollen gerade die kleinen Betriebe erhalten. Wir wollen, dass die Kombination aus Weidegang und kleineren Ställen, wie sie insbesondere im Alpenraum vorgehalten werden, weil dort aufgrund der topografischen Bedingungen kein moderner Laufstall gebaut werden kann, weiterhin möglich ist. Wir wollen, dass diese Anbindehaltung nicht in Misskredit gebracht wird. Leider sind Sie auf dem besten Weg dorthin, wenn sie die Anbindehaltung in dieser Weise thematisieren.

Ich will daran erinnern, dass es der Freistaat Bayern gewesen ist, der sich im Bundesrat gegen alle Verbotsansinnen ausgesprochen hat. Unser Agrarminister Helmut Brunner hat sich sehr dafür engagiert, dass es nicht so weit kommt.

Wir in Bayern sind auch insoweit auf einem sehr guten Weg. Bei uns gilt das Prinzip "Freiwilligkeit statt Verbot". Um dies zu belegen, könnte ich viele Zahlen nennen. Bei uns wurden in den vergangenen zwei Jahren 1.100 Anträge auf Investitionen in neue Laufställe gestellt. Die Hälfte dieser Anträge bezog sich auf die komplette Umstellung von Anbindehaltung auf Laufstallhaltung. Aus einst 17.000 Anbindeplätzen sind 36.000 Laufstallplätze gemacht worden. Jeder so umgewandelte Stall ist eine Investition in mehr Tierwohl.

Ich verwahre mich dagegen, dass Sie in diesem Zusammenhang eine Größendiskussion anfangen wollen, Kollege Arnold. Sie sagten sinngemäß, bei einem zu großen Tierbestand in Laufställen sei das Tierwohl nicht mehr gewährleistet. Unsere bayerischen Landwirte sind so gut ausgebildet und unsere bäuerlichen Familienstrukturen so ausgeprägt, dass ich diesen Vorwurf mit Sicherheit als falsch bezeichnen kann.

Für uns steht ein Verbot nicht zur Debatte. Wir sehen aber, dass – schon unter arbeitswirtschaftlichen Gesichtspunkten – der Trend eindeutig zu Laufställen geht. Unser jüngst aufgelegtes Programm zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung eröffnet die Möglichkeit, Investitionen in die Umstellung auf Laufstallsysteme mit bis zu 40 % zu bezuschussen. Wir haben allein in der ersten Tranche in diesem Jahr 30 Millionen Euro ausgeschüttet. Fast alle Vorhaben bewegen sich in der Premiumkategorie, jedenfalls sind alle Investitionen auf die Erhöhung des Tierwohls gerichtet. Das entspricht der generellen Linie unserer Förderpolitik.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Biedefeld?

Martin Schöffel (CSU): Selbstverständlich.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Schöffel, vielen Dank, dass ich nachfragen darf. – Ist Ihnen bekannt, dass der Lebensmittelhandel insgesamt laut darüber nach-

denkt – er führt zumindest eine intensive Diskussion –, künftig nur noch Milch von Tieren zu verkaufen, die in Betrieben ohne ganzjährige Anbindehaltung leben? Wir haben nicht von einem Verbot gesprochen. Uns geht es vielmehr um Optimierung. Wir wollen eine entsprechende Diskussion auf den Weg bringen und verfolgen damit das positive Ziel, unsere kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten. Ist Ihnen die Diskussion über das, was der Lebensmittelhandel vorhat, bekannt?

Martin Schöffel (CSU): Selbstverständlich ist mir das bekannt, Frau Kollegin. Deshalb haben wir in Bayern intensive Bemühungen zur Förderung neuer Ställe unternommen. Die Förderquoten sind erhöht worden, um gerade auch kleinere Bestände zu schützen.

(Susann Biedefeld (SPD): Wovon sollen die Bauern leben, wenn ihnen keiner mehr die Milch abkauft? Die Übergangsfrist soll zehn Jahre betragen! – Zuruf von der CSU: Der Lebensmittelhandel soll lieber gescheiterte Preise und nicht Dumpingpreise zahlen! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann macht doch endlich etwas in diese Richtung!)

Präsidentin Barbara Stamm: Der Kollege Schöffel hat das Wort! Kollege Aiwanger hat die Lösung wieder gefunden.

Martin Schöffel (CSU): Sie können doch uns nicht vorwerfen, dass der Lebensmittel Einzelhandel solche Forderungen stellt. Diese sind nicht sinnvoll und nicht nachvollziehbar. Wir können nur einen Beitrag leisten, indem wir die Bauern auf dem Weg zu optimierten Laufstallsystemen unterstützen. Ich kann es nur noch mal sagen: Wir haben die Förderung verbessert. Wir fördern schon bei Investitionssummen in einer Höhe ab 5.000 Euro. Ihnen wäre es wahrscheinlich am liebsten, ein Verbot im Sinne des Einzelhandels zu erlassen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Bauern

(Zuruf von der SPD)

in der Geschwindigkeit, die ihre Unternehmen erlauben und möglich machen, zu anderen Haltungsformen kommen. Deswegen unterstützen wir sie intensiv. Es gibt einen Leitfaden speziell für kleine Laufställe und kleine Baumaßnahmen mit verschiedensten Hinweisen, wie man zu mehr Tierwohl und einer Abschaffung der ganzjährigen Anbindehaltung kommen kann, wenn man das möchte. Wir wollen kein Verbot. Wir wollen die Landwirte auf ihrem Weg unterstützen. Wir sind uns völlig sicher, dass alle bäuerlichen Betriebe alles für das Wohl ihrer Tiere tun. Tierschutz und Anbindehaltung schließen sich nicht aus. Es gibt verschiedene Kombinationsmöglichkeiten mit Weidehaltung, mit Laufhöfen usw. Es ist unsere Aufgabe, das nicht zu verteufeln,

(Horst Arnold (SPD): Wer verteufelt das denn? - Wir wollen nur einen Bericht!)

sondern über diese Dinge vernünftig zu reden und zu diskutieren, wenn entsprechende Angriffe auf die Landwirtschaft erfolgen. Ich glaube, Sie leisten mit Ihren Zwischenbemerkungen nicht immer Unterstützung für die Bäuerinnen und Bauern in diesem Sinne. Wir werden das Thema noch mal im Ausschuss behandeln. Wir werden uns noch mal damit befassen. Es ist allerdings in der Zukunft nicht sinnvoll, alles zweimal zu behandeln, bloß weil Sie nicht wissen, was in der letzten Sitzung behandelt worden ist.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Danke schön!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der Kollege Dr. Herz das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich zwei Vorbemerkungen machen. Zum einen: Ich bin der Fraktion der SPD dankbar, dass sie zu dem Thema einen vorausgehenden Antrag gestellt hat. Er ist ja ein Stück weit Grundlage der heutigen Diskussion in Bezug darauf, die Anbindehaltung nicht verbieten zu wollen. Ich bin auch deshalb dankbar, weil die SPD sicher nicht im Verdacht steht, die ganz große Lobby der Landwirte zu sein.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Was? Wieso?)

Daher war es wichtig, dass angesichts der aufgeheizten Diskussion, die wir in der Gesellschaft vernehmen, diese Anregung kam. Gerade bei Themen, die die Landwirtschaft betreffen, reden heute viele Menschen mit, die von den praktischen Bezügen häufig leider wenig Ahnung haben.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb ist die Diskussion, die wir heute hier führen, sehr wichtig.

Zum anderen: Kollege Arnold, ich habe ein etwas Zahlenmaterial. Das ist aber für die Diskussion nicht entscheidend. Fest steht eines: Auch in Bayern stehen inzwischen mehr Milchkühe in Laufställen als in Anbindeställen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Das wollen wir natürlich freiwillig begleiten. Meine Information ist, dass weit über 40 % der Betriebe noch Anbindeställe haben. Das ist aber nicht entscheidend. Sie nennen die Zahl 11.000. Selbst wenn es 15.000 sein sollten, wäre das nicht entscheidend. Entscheidend ist, in Bayern weiterhin eine bäuerliche Landwirtschaft zu ermöglichen. Dafür müssen wir alles tun. Dazu gehört natürlich, kein Verbot auszusprechen, sondern Freiwilligkeit zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang komme ich zu den Ausführungen des Kollegen Schöffel und zu dem Folgeantrag – so nenne ich es jetzt –, über Möglichkeiten der Optimierung von Anbindeställen zu diskutieren. Ich glaube, es ist das Logischste auf der Welt, dass wir in der Diskussion und in der Ausführung ein Stück weiterkommen. Das zeigt nur auf, dass man sich Gedanken macht, wie wir das ein bisschen anpassen können. Mir persönlich ist es wirklich schleierhaft, wieso wir diesen Antrag im Ausschuss – es ist im Grunde genommen nur ein Berichtsantrag – ablehnen müssen. Wir werden natürlich zustimmen, weil wir auf Freiwilligkeit setzen. Ich betone noch einmal, damit das nicht falsch überkommt: Die Anbindehaltung muss nach wie vor erlaubt sein. Wir könnten natürlich über die ganzjährige Anbindehaltung diskutieren. Das ist der Punkt, den wir als Erstes angreifen und für den wir Lösungen finden müssen. Das kann man

mit diesem Antrag erreichen. Ich kann nur bestätigen: Meine Kühe sind immer freiwillig in den Anbindestall hinein- und aus ihm hinausgegangen. In der Gesellschaft läuft hier eine völlig falsche Diskussion.

Um zu einem Abschluss zu kommen: Lieber Minister Helmut Brunner, lieber Kollege Schöffel, liebe Leute von der CSU, ich tue mich sehr schwer, wenn Sie von Tierwohl reden und dann 30 Organisationen bei der Aktion Tierwohl unterschreiben. Wenn ich darüber vor Ort mit Leuten rede, fragen mich diese, ja, haben wir die Tiere bisher gequält? Ich bitte Sie, das zukünftig dazuzusagen. Diese Diskussion nimmt dann nämlich in eine Richtung einen Lauf, den wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Ich habe vorhin Zwischenrufe gehört wie "Milch nur noch aus Anbindeställen". Das ist genau der Punkt. Dann wird das forciert.

Lieber Minister Helmut Brunner, lieber Kollege Schöffel, ich sehe absolut keine Logik darin, wenn Sie einerseits diesen gut gemeinten Antrag ablehnen, der lediglich zu einem Bericht über Möglichkeiten der Optimierung bestehender Anbindeställe auffordert, und andererseits – diesen Eindruck habe ich - fast widerstandslos mit 30 Organisationen bei der Aktion Tierwohl unterschreiben. Es sind sehr viele Organisationen dabei, die einfach mitreden und mitplappern, aber von der tagtäglichen Praxis eines Landwirts im Anbindestall absolut keine Ahnung haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte Sie sehr deutlich, in Zukunft wesentlich besser zu differenzieren. Ich bitte, diesen Punkt in der kommenden Diskussion aufzunehmen, und freue mich auf eine Antwort, die aber ein Stück weit logischer sein muss, als es diejenige des Redners der CSU war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte am Mikrofon. Es folgt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Schöffel, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Herz, ich habe drei Anmerkungen. Erstens. Wir werden dem Antrag zustimmen, falls es Ihnen entgangen ist. Wenn Sie der Meinung sind, dass es bei dem Thema noch neue Aspekte gibt, werden wir das in einer der nächsten Sitzungen behandeln.

Zweitens. Ich halte fest: Sie haben wörtlich gesagt, wir müssen die ganzjährige Anbindehaltung angreifen. Vielleicht könnten Sie das ein bisschen konkretisieren. Ich verstehe das so, dass die FREIEN WÄHLER in Richtung Verbot gehen wollen oder jedenfalls diese Haltungsform sehr anprangern. Wir sind da ganz anderer Meinung. Für uns steht diese Haltungsform nicht zur Debatte.

Drittens. Der Einzelhandel soll dafür sorgen, dass hochwertige Produkte zu vernünftigen Preisen verkauft werden. Dann kann der bäuerliche Betrieb in die Zukunft investieren. Jede Investition ist eine Investition für mehr Tierwohl. Nur so geht es, nicht mit entsprechenden Vorgaben, die letzten Endes dazu führen, dass es einen Strukturwandel geben muss, weil eine Finanzierung nicht möglich ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Schöffel, ich beginne mit der letzten Frage. Sie führen die ganze Debatte ad absurdum. Sie haben neulich unseren Antrag zu genau diesem Thema abgelehnt

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und fordern jetzt, dass es vernünftige Preise geben soll. Das muss ich entschieden zurückweisen.

Dann komme ich zu der ganzjährigen Anbindehaltung. Vielleicht haben Sie mich absichtlich missverstanden. Das soll und kann ja vorkommen. Ich sage es deutlich: Bei einer Diskussion um Anbindeställe kann man beim ganzjährigen Anbindestall beginnen, aber keinesfalls beim Anbindestall mit halbjähriger Auslaufmöglichkeit. Das sage ich zur Klarstellung. Ich habe aber nicht gesagt: Verbot. Das können Sie mir zwar un-

terstellen; das kommt natürlich gut an, das weiß ich – Überschrift: "FREIE WÄHLER: Das gehört verboten."

Ich sage es noch einmal: Wir sollten mit der Diskussion beginnen – und dazu würde ja dieser Antrag der SPD einen Beitrag leisten. In Bayern gibt es wunderbare Förderungsprogramme. Diese Programme sollen dazu dienen, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Durch solche Anträge soll jedoch die Diskussion angeregt werden. Das ist damit gemeint.

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege Schöffel, kann ich nur sagen: Ich bin natürlich hocherfreut, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Im Ausschuss haben Sie nicht zugestimmt; darum bin ich davon ausgegangen, dass Sie bei diesem Votum bleiben. Wenn Sie nun zustimmen, dann ist ja alles in Ordnung, und dann können wir auf einer sachlichen Grundlage die Diskussion im Ausschuss weiterführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Frau Kollegin Sengl das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ebenfalls sehr überrascht, dass die CSU jetzt doch zustimmt. Das freut mich natürlich, weil das ja ein sehr sinnvoller Antrag ist. Ich habe bereits im Ausschuss überhaupt nicht verstanden, wie man einen solchen Antrag ablehnen kann.

Um was geht es? – Es geht um die Anbindehaltung, die vor allem in Bayern noch ein sehr großes Problem darstellt. Ich glaube nicht, dass die bayerischen Bauern gut beraten sind, wenn man ihnen zum Thema Anbindehaltung sagt: Macht nur weiter so, das passt schon.

(Zuruf von der CSU: Das sagt doch niemand!)

Das passt eben nicht! Die ganzjährige Anbindehaltung ist aus Aspekten des Tierwohls sowie der Arbeitsbelastung für die Bäuerinnen und Bauern abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem muss man dringend zwischen ganzjähriger Anbindehaltung – und darum ging es bei dieser Bundesratsinitiative – und saisonaler Anbindehaltung unterscheiden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich finde es schlimm, wenn immer alles so vermischt wird; denn da wird alles in einen Topf geschmissen und umgerührt, und heraus kommt gar nichts. Die Bundesratsinitiative ging dahin: Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung mit einer Übergangsfrist von zwölf Jahren. Ich glaube, das müsste genügen, um eine solche Haltungsform abzuschaffen, die inzwischen wirklich abzulehnen ist.

Das Allerwichtigste ist, dass das Ganze für die Bäuerinnen und Bauern auch möglich ist. Welche Strukturen haben wir, vor allem im Voralpenraum? Dort gibt es viele sehr kleine Betriebe mit kleinen Ställen und daher besonderen Anforderungen. Die konventionelle Landwirtschaft hat sich bereits auf den Weg gemacht: Inzwischen gibt es schon sehr viele Laufställe. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen. Zugleich ging die Entwicklung dahin – der Kollege Schöffel hat es schon ausgeführt –, dass auch die Anzahl der Kühe gestiegen ist.

Man hat bislang immer Lösungen für große Betriebe angeboten. Für kleine Betriebe hat es ganz lange überhaupt keine Lösungen gegeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

So langsam beginnt man, auch darüber nachzudenken, dass die kleinen Betriebe vielleicht andere Bedürfnisse haben als die großen Betriebe. Genau diese kleinen Betriebe

be müssen noch viel mehr unterstützt werden; denn wenn wir nicht wollen, dass die Alpen zuwachsen, müssen wir da etwas tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist einfach so: Im Voralpenraum gibt es vorwiegend kleine Betriebe mit einer durchschnittlichen Milchkuhzahl von 27. Die entsprechende auf ganz Deutschland bezogene Zahl ist nahezu doppelt so hoch. Da sind also ganz andere geografische Gegebenheiten. Darum müssen wir individuelle, kreative Lösungen finden. Da muss auch der Fördersatz viel höher sein als der für große Ställe, sonst passiert da nämlich nichts.

Ich habe – im Ausschuss habe ich bereits davon erzählt – zwei konventionelle kleine Milchviehlaufställe im Berchtesgadener Land besucht. Beide waren sich einig, dass die Umstellung von der Anbindehaltung auf den Laufstall sowohl für die Tiere als auch für die Bäuerinnen, die tagtäglich damit beschäftigt sind, einen Riesenunterschied bedeutet.

Ich habe dann gesagt: Mei, ihr braucht wirklich mehr Zuspruch für eure mühsame Arbeit hier oben auf der Alm. - Dann hat die Bäuerin zu mir gesagt: Wir brauchen nicht nur mehr Zuspruch, wir brauchen vor allem mehr Zuschuss.

Und darum geht es! Wenn wir doch alle gemeinsam diese schöne kleine Form der Landwirtschaft, die uns allen so guttut, erhalten wollen, dann müssen wir auch etwas dafür tun. Wir müssen die Betriebe zukunftsfähig machen. Einen Stall, der jetzt noch Anbindehaltung betreibt, übernimmt irgendwann kein Mensch. In zehn Jahren hört der auf, und dann gibt es diesen Betrieb nicht mehr.

Wir müssen unsere bayerischen Bauern – auch die kleinen Bauern – zukunftsfähig machen. Deshalb bin ich froh, dass wir heute alle gemeinsam zugestimmt haben. Machen wir uns also endlich auf den Weg, bewegen wir etwas, und reden wir nicht immer bloß!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Staatsminister Brunner für die Staatsregierung um das Wort gebeten.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bewundere Sie, dass Sie bei diesen Temperaturen über Anbindehaltung sprechen. Das Thema Weidehaltung wäre vermutlich angemessener. Aber Spaß beiseite.

Ich danke jedenfalls dem Agrarausschuss, dass er sich zu diesem Thema so klar positioniert hat. Bei den Agrarministerkonferenzen schaut es da schon ganz anders aus. Dort will man wesentlich restriktivere Regelungen, und deswegen, Herr Arnold, war es beachtenswert, dass gerade Sie von der SPD diesen Antrag eingebracht haben und damit auf die bayerischen Strukturen Rücksicht nehmen.

(Horst Arnold (SPD): So sind wir!)

Von 2009 bis 2014 ist der Anteil der Anbindehaltung bei Betrieben, die vom Landeskontrollverband der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern gemeldet sind, den sogenannten LKV-Betrieben, von 45,6 % auf 32,6 % gesunken. Herr Dr. Herz, daraus ist vermutlich auch zu schließen, dass sehr unterschiedliche Grundlagen angenommen wurden, was die Zahlen anbelangt. Bei den allgemeinen Landwirten haben wir andere Zahlen als bei den beim Landeskontrollverband gemeldeten Betrieben.

Das zeigt: Wir sind auf einem richtigen und guten Weg, und zwar auf freiwilliger Basis, ohne staatlichen Dirigismus. Wir müssen auch zugestehen, dass Entwicklungen ihre Zeit brauchen. Diese – in Anführungszeichen – "Restlaufzeit", die so mancher Anbindestall aus verschiedenen Gründen noch benötigt, müssen wir zugestehen. Ein totales Verbot würde gerade den kleineren Ökobetrieben ein vorzeitiges Aus bescheren, was wir alle nicht wollen.

Die beste Gelegenheit, die Anbindehaltung zu optimieren, ist der Umbau in Laufställe. Wir können aber nicht jeden Bauern zwingen, dass er von heute auf morgen Investitio-

nen vornimmt. Manchmal gibt es Bauprobleme oder Platzprobleme, gerade in Berggebieten. Deswegen kann man auch andere Möglichkeiten nutzen, um eine Verbesserung der Haltungsformen zu erreichen.

Diese Entwicklung fördern wir seitens des Freistaats Bayern beispielhaft, wie ich meine. Wir unterstützen gerade auch kleinere Investitionen mit einem Zuschlag von 5 %, wenn die Investitionssumme nicht mehr als 300.000 Euro umfasst. Das bedeutet, im Optimalfall ist ein Zuschuss von maximal 40 % auszahlbar.

Speziell für die Zielgruppe der Betriebe mit Anbindehaltung, die keinen Neubau errichten können, wollen wir eine Beratungsoffensive starten, zusammen mit unseren Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, aber auch mit unserer Landesanstalt für Landwirtschaft. Dort können auch kleine Milchviehlaufställe mit einem entsprechenden Leitfaden zur Beratung optimiert werden, und investitionswillige Landwirte können entsprechende Förderung und Unterstützung finden.

Wir wollen zudem die bisherigen Neubauten unterstützen. Es ist erfreulich, dass wir hier in den letzten Jahren zu einer gewissen Offensive gelangen konnten. Aber auch ohne dass wir unseren Landwirten gleich den Schritt von einem Anbindestall hin zu einem modernen Laufstall mit Außenauslauf ermöglichen, gibt es weitere Möglichkeiten: die Standverlängerung, Komfortliegematten oder eine zeitweilige Anpassung an Laufstallhaltung, also vorübergehend und saisonal bedingt.

Es gibt also verschiedene Zwischenformen. Deshalb sollte man das auch nicht so absolut sehen, Anbindehaltung oder Laufstallhaltung. Wichtig ist, dass wir in der Lage sind, maßgeschneiderte, betriebsindividuelle Halteformen zu unterstützen, zu fördern und auch zu akzeptieren, anstatt mit Patentlösungen aufzuwarten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, ich konnte einen Teil des Berichts schon vorwegnehmen; denn die Zahlen, die Herr Schöffel genannt hat, sind zutreffend. Ich habe sie deshalb absichtlich nicht wiederholt. Dennoch steht fest, dass wir dem Wunsch der SPD umfassend nachkommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder neue Stall bedeutet eine Verbesserung für das Tierwohl. Ich lege aber Wert darauf, dass es mir nicht nur um das Tierwohl, sondern auch um das Wohl der Menschen geht. Wir müssen auch die Bäuerinnen und Bauern sehen, die am Arbeitsplatz sind. Moderne Ställe, teilweise mit Robotern ausgestattet, sind deshalb auch ein Fortschritt an Lebensqualität und damit an Menschenwohl.

Entscheidend, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist aber, ob unsere Landwirte in der Lage sind, wirtschaftlich sinnvolle Investitionen zeitgerecht zu tätigen. Ich bitte Sie heute, quasi zum Abschluss dieses Parlamentsjahres, auch um Unterstützung dafür, dass unsere Bäuerinnen und Bauern einen vernünftigen und fairen Preis für ihre Produkte bekommen. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung dafür, dass sie sinnvolle und notwendige Investitionen tätigen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte Sie deshalb um Ihre Unterstützung bitten. Nur so können wir den Agrarstandort Bayern auch dauerhaft zukunftsfähig machen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, darf ich Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sengl noch einmal an das Rednerpult zurückzukommen?

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Gerne.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Sengl, bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich möchte nur noch etwas richtig stellen. Bei Ökobetrieben ist die ganzjährige Anbindehaltung schon immer verboten. Die saisonale Anbindehaltung ist erlaubt, aber mit Einschränkungen,

nämlich nur bei einer Zahl von unter 35 Kühen und wenn es im Winter zweimal in der Woche Auslaufmöglichkeiten gibt. Das wäre eine Regelung, die man für alle einführen könnte. Damit könnte man von der ganzjährigen Anbindehaltung wegkommen; denn zwischen ihr und der saisonalen Anbindehaltung besteht wirklich ein riesiger Unterschied. Die saisonale Anbindehaltung, das bedeutet Weidehaltung im Sommer. Das geht schon, aber eine ganzjährige Anbindehaltung, das geht gar nicht mehr. Noch einmal: Wir müssen unsere Bauern, auch die kleinen, zukunftsfähig halten. Mit ganzjähriger Anbindehaltung werden sie nicht zukunftsfähig sein. Deshalb müssen wir dieses Problem angehen. Das gilt auch im Hinblick auf die Vermarktung. Das wird sich nicht mehr zurückdrehen lassen, vom Tierwohl und vom Menschenwohl ganz zu schweigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Kollegin, bis zum letzten Jahr hat es auch für Ökobetriebe in kleinerem Umfang Ausnahmegenehmigungen gegeben. Jetzt hat man das relativiert. Das ist richtig. Sie wissen aber, dass wir gerade in Bergregionen oftmals ein riesiges Problem haben, den notwendigen Platz für einen großzügigen Laufstall zu finden. Vereinfachte Formen mit teilweisem Auslauf, das ist wieder ganz etwas anderes. Deshalb spreche ich davon, betriebsindividuelle Lösungen zu finden und nicht Pauschal- oder Patentlösungen vorzuschreiben. Sie würden der jeweiligen Situation nämlich nicht gerecht. Wie gesagt, für mich ist es eine Frage der Zeit, bis alle weitgehend auf diese tiergerechten Aufstallungsformen umgestellt haben. Jeder neue Stall ist ein technischer Fortschritt, das wissen wir. Ich möchte aber keinen Strukturbruch in Bayern provozieren, indem ich eine Zeitvorgabe mache, bis wann die bisherige Haltungsform zulässig ist. Das müssen wir schon berücksichtigen. Sonst, Frau Sengl, würden wir das Gegenteil dessen erreichen, was anscheinend das ganze Hohe Haus will, nämlich möglichst viele bäuerliche Betriebe unabhängig

von der Hektar- oder Tierzahl erhalten; denn die Kleineren sind genauso wichtig wie die Größeren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf auf Tagesordnungspunkt 10 zurückkommen. Das ist der Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/6386. Hierfür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Diese Abstimmung können wir jetzt durchführen. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten, bitte. Ich bitte, dann aber noch einmal für die Schlussworte zurückzukommen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.26 bis 14.31 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich gebe das Stimmergebnis später bekannt.

Ich darf noch das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib und Fraktion (SPD) betreffend "Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen", berichtigte Drucksache 17/7677, bekannt geben. Mit Ja haben 58, mit Nein haben 89 Abgeordnete gestimmt. 14 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)